

Eine gute Rente gibt es nur mit echter Demokratie!

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Der Artikel 20 des Grundgesetzes scheint sehr eindeutig formuliert zu sein. Er besitzt neben dem Artikel 1 (Die Würde des Menschen ist unantastbar) eine Ewigkeitsklausel. Ist also unveränderbar.

„Rentenexperten“ und Politiker: demokratiefeindlich durch und durch

Das stört die demokratiefeindlichen neoliberalen Extremisten nicht sonderlich. Worte sind Schall und Rauch. Auf das Faktische kommt es an:

„Für die Investoren ist entscheidend, dass es der Regierung gelungen ist, ein Projekt gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.“

Diese demokratiefeindliche Äußerung wurde nicht als Verdachtsfall vom Verfassungsschutz eingestuft. Der veröffentlichende „Tagesspiegel“ wurde auch nicht für investigativen Journalismus gelobt. Die Meldung wurde nahezu ignoriert.

Die Worte stammen von **Michael Hüther** aus dem Februar 2007 und bezogen sich auf die **Einführung der Rente mit 67**. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW – Finanziert vom Arbeitgeberverband). Er bekam 2009, also zwei Jahre später, vom Bundespräsidenten das „Bundesverdienstkreuz am Bande“ umgehängt.

Was wollte und was will die ignorierte Mehrheit der Bevölkerung bezüglich Heraufsetzung des Renteneintrittsalters? Hier eine kleine Auswahl aus Meinungsumfragen:

Februar 2006: ***„Die schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 67 bis spätestens 2029 finden 78 Prozent nicht richtig“*** (ZDF Politbarometer)

Dezember 2006: ***„80 Prozent der Befragten zwischen 30 und 39 Jahren möchten nicht so lange arbeiten gehen“*** (EMNID-Umfrage)

August 2010: ***„Die Deutschen halten die Rente mit 67 für unnötig. Eine längere Lebensarbeitszeit sei zur Sicherung des Rentensystems nicht notwendig, glauben 70 Prozent der Befragten.“*** (EMNID-Umfrage)

August 2018: ***„Renteneintrittsalter erhöhen“ - dafür: 13 Prozent; dagegen: 84 Prozent“*** (ZDF Politbarometer)

Oktober 2022: **„Drei Viertel (74 Prozent) der Menschen halten es für unrealistisch, über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten.** (Umfrage vom Kantar-Institut)

Februar 2023: **„das gesetzliche Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus anzuheben, falls die Lebenserwartung zukünftig weiter steigt: 81 Prozent der Befragten lehnen dies ab.** (Umfrage vom Kantar-Institut)

Die Äußerung des mit höchsten Ehren ausgezeichneten Hüther mag in der Deutlichkeit ein Ausrutscher in Sachen Ehrlichkeit gewesen sein. Sie ist aber symptomatisch für viele andere.

Die große Riege der neoliberalen Ökonomen schert sich nämlich einen feuchten Kehrriecht darum, was die überwältigende Mehrheit in diesem Land will. Politiker, die in Berufung auf diese Experten entsprechende Gesetze beschließen, sind dabei nur willige Vollstrecker.

Weitere Beispiele in Sachen Willensbildung des Souveräns:

Mai 2014: **„Die große Mehrheit der Deutschen von 73 Prozent befürwortet das Vorhaben, künftig nach 45 Beitragsjahren im Alter von 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können“** (infratest -dimap)

Forderung von Rainer Dulger (Arbeitgeberpräsident), Martin Werding („Rentenexperte“ im Sachverständigenrat), Bernd Raffelhüschen (omnipräsenter „Experte“), Michael Hüther (siehe oben), vier von fünf Mitgliedern des Sachverständigenrats und etlichen anderen aus dem Metier: **„Rente mit 63“ abschaffen!**

Noch so ein Affront gegen den Willen der Mehrheit. Das ist noch dazu absurd – abschlagsfrei können berechnigte Beschäftigte aktuell erst ab 64 Jahren und 4 Monaten gehen. In wenigen Jahren werden es 65 Jahre sein.

August 2018: Auf die Frage, wie die „Babyboomer-Renten“ finanziert werden sollten, gibt es folgende Antworten:

„Mit 82 Prozent stößt die Einbeziehung der Beamten und aller Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung auf die deutlichste Zustimmung, danach folgt mit 72 Prozent Zustimmung eine Anhebung des Zuschusses durch Steuermittel.“

Mehrheitlich **abgelehnt** werden hingegen die Maßnahmen

„Beiträge erhöhen“ (dafür: 38 Prozent; dagegen: 56 Prozent),

„Renteneintrittsalter erhöhen“ (dafür: 13 Prozent; dagegen: 84 Prozent) und

„Rentenniveau senken“ (dafür: 8 Prozent; dagegen 86 Prozent).“ (ZDF Politbarometer)

Die einschlägigen „wissenschaftlichen“ Berater empfehlen der Politik in allen Fragen, das genaue Gegenteil zu beschließen. Eine weitere Umfrage, in der auch nach der Meinung zur Aktienrente gefragt wurde:

Oktober 2022: „Für 90 Prozent der Befragten sind vor allem Sicherheit und Planbarkeit bei der Altersvorsorge wichtig. Nur sieben Prozent setzen auf mehr Risiko und spekulieren auf höhere Rendite.

Mehr als drei Viertel (77 Prozent) halten es für sinnvoll, dass auch Freiberufler, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Drei Viertel (74 Prozent) der Menschen halten es für unrealistisch, über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten.“ (Umfrage des Kantar-Instituts)

Standpunkt der „Wissenschaftler“: Aktienrente!!! Und was kümmern sie Mehrheiten von 75%!

Februar 2023: „Demnach halten 83 Prozent der Befragten den Abstand zwischen Rente und Einkommen für zu groß.

Fast alle Befragten (99 Prozent) halten es für wichtig, dass durch die Alterssicherung Armut vermieden werden kann. Zwei Drittel (66 Prozent) halten das sogar für äußerst wichtig.

Der Erhalt des persönlichen Lebensstandards im Alter spielt für fast alle Erwerbstätigen eine wichtige bis äußerst wichtige Rolle (96 Prozent).

Wenn sie sich entscheiden müssten, entweder mehr in die Rentenkasse einzuzahlen oder länger zu arbeiten, würden gut zwei Drittel (68 Prozent) der Befragten höhere Beiträge bevorzugen. (Umfrage des Kantar-Instituts)

„Wissenschaftler“, zum Beispiel der Sachverständigenrat der Bundesregierung: Rentenniveau runter! Rentenalter rauf! „Reiche“ Rentner sollen an arme Rentner abgeben! Die „reichen“ Rentner beziehen eine Bruttorente zwischen 1.700 € und 3.300 € (netto in etwa zwischen 1.450 und 2.600 €). Da würden die höchstversorgten Professoren über bittere Altersarmut klagen.

Laute Propaganda für eine kleine Minderheit.

In den Haupt-Medien kommen die Meinungen und der Wille der großen Bevölkerungsmehrheit nicht oder nur sehr sporadisch vor. Dagegen füllen die Zeitungsseiten und die Sendeminuten die unverschämtesten und absurdesten Forderungen der hochgelobten neoliberalen Rentenexperten. Flankiert werden diese gelegentlich durch empörte Stimmen „der Jungen“. Das sind in der Regel Jungunternehmer und junge Polit-Karrieristen, die hart daran arbeiten, niemals das Elend eines Rentenbeziehers zu erleben.

Diese Berichterstattung bzw. zur Schau gestellten Diskurse in den Medien haben mit Demokratie nichts mehr zu tun. Es ist eher eine Verhöhnung von vielen Millionen Menschen, deren Meinung/Willen ignoriert und deren Interessen mit Füßen getreten werden.

Letztes Beispiel ist die öffentliche Inszenierung der „Rentenrebell“en“. 18 Junge Unionsabgeordnete wagten den Aufstand gegen den Chef. Kanzler Merz wurde ultimativ aufgefordert, das Rentenpaket, vor allem die darin enthaltene Haltelinie von 48%, zurückzunehmen. Die Koalitionsmehrheit besteht aus 12 Abgeordneten, ohne ihre 18 Stimmen würden sie die Koalition bei der Rente zum Scheitern bringen. Die „Junge Gruppe“, wie sie sich selbst nennt, wurde von Medien zu mutigen Rebellen hochgelobt. Auch die letzten Hinterbankler von ihnen wurden in Zeitungen zu Helden erkoren. Denn sie stemmten sich ja gegen das unverantwortliche Rentenpaket der Bundesregierung. Unverantwortlich, weil es nicht finanzierbar und vor allem die Jungen ausbeutend sei.

Die Unterstützung der jungen Helden war nicht nur medial nahezu einzigartig. Etliche Unionsabgeordnete sprangen ihnen bei, Ministerpräsident Daniel Günther fand deren Argumente vernünftig, Regierungsmitglied Reiche unterstützte ihre Kritik (und ruderte zurück), Regierungsmitglied Prien war für die Verschiebung des Gesetzes (und ruderte zurück), Michael Hüther vom neoliberalen arbeitgeberfinanzierten Institut für Wirtschaftsforschung (IW) und Marcel Fratzscher vom neokeynsianen Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) lobten in seltener Einmütigkeit den Widerstand der Jungen und ganze 32 Wirtschaftsverbände, von denen die BILD-Zeitung wusste, dass sie für 20 Millionen Beschäftigte stehen, forderten unisono den Stopp des Gesetzespakets. Und der seit 25 Jahren bei Rentenkürzungen führende Bert Rürup war voll des Lobes für die Junge Garde der Konterreform.

Spielte es dabei eine Rolle, dass ein Erfolg der Rebellion erst in fünf Jahren eine Kostensteigerung von 5 Milliarden Euro verhindert hätte, also eine lächerlich geringe Summe in weiter Ferne? Nein es spielte keine Rolle, denn es ging ums Prinzip: Die Renten müssen abgesenkt werden, basta.

Das Friedrich Merz dem Senkungsruf nicht folgte hatte wohl einzig seine Angst vor den fünf Landtagswahlen in 2026 als Grund. „Ich möchte mich nicht in einen Unterbietungswettbewerb sehen, wer bietet das niedrigste Rentenniveau ... **Damit gewinnen wir keine Wahlen**“ (auf dem Deutschlandtag der Jungen Union im November 2025).

Nahezu zeitgleich mit der Verabschiedung der Rentengesetze im Bundestag am 5.12.2025 passierten zwei weitere bemerkenswerte Ereignisse in Sachen Rente:

Die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte in der letzten Novemberwoche die vergleichende Analyse der Rentensysteme ihrer Mitgliedsstaaten (²⁸). Demnach rangiert das deutsche Nettorentenniveau auf Platz 17 von 22 EU-Staaten. Es wird nur noch unterboten von Lettland, Polen, Estland, Irland und Litauen.

Am 4.12.2025 sendete die ARD ihre aktuelle Meinungsumfrage „Deutschlandtrend“ (²⁹). Schwerpunkt war die aktuelle Rentenpolitik mit sehr eindeutigen Aussagen:

76% der Befragten sind gegen eine weitere Absenkung des Rentenniveaus.

69% lehnen es ab, dass die Renten weniger stark steigen als die Löhne.

81% wollen keine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre.

83% wollen, dass Beamte, Politiker und Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung organisiert werden.

Sowohl die zum wiederholten Male ausgesprochene OECD-Klatsche zum erbärmlichen Leistungsniveau der Renten in Deutschland, als auch die deutlichen Willensbekundungen des Wahlvolkes zur Rentenpolitik spielten im Bundestag und in den Medien keinerlei Rolle.

Der DGB hat einen eindeutigen selbst organisierten Auftrag

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Arbeitskammer des Saarlandes haben umfangreiche Befragungen in Auftrag gegeben. Diese wurden Ende 2024 (SozialstaatsRadar 2025 (³⁰)) und Anfang 2026 (SozialstaatsRadar 2026 (³¹)) vom uzbonn-Institut anhand einer systematischen Quotenstichprobe durchgeführt. Die Ansichten der Wohnbevölkerung in Deutschland im Alter ab 18 Jahren wurden dabei zuverlässig abgebildet. Insgesamt wurden 3.000 Personen per Online-Interview befragt.

Auch hierbei zeigten sich eindeutige und klare Zielvorstellungen der Betroffenen:

80 Prozent sind für eine verbindliche soziale Sicherung, die staatlich organisiert ist. Lediglich 15% wollen ein Mindestmaß bis gar keine verbindliche soziale Sicherung und setzen eher auf private Vorsorge.

75 Prozent sollen die Renten vom erzielten Lohneinkommen betragen, sagt nach der Befragung im Mittel die Bevölkerung. Oberhalb der Hälfte (des Medians) wird sogar ein höheres Niveau für angemessen gehalten. Erstaunlich ist, dass auch bei der abgefragten Parteipräferenz der Befragten keine großen Unterschiede erkennbar sind.

Die Einführung einer echten Mindestrente von 1.327 Euro monatlich wurde für erforderlich gehalten. Auf die Frage, wie hoch die Mindestrente sein müsste,

wurden zwar sehr unterschiedliche Beträge benannt. Der errechnete Durchschnitt traf dann aber nahezu auf den Euro genau die Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2023. Die Armutsgefährdungsschwelle wird jährlich durch destatis berechnet. Sie beträgt nach internationaler Konvention 60% der mittleren (Median) Nettoeinkommen eines Landes. Die entsprechende Armutsschwelle 2023 betrug genau 1.320 Euro.

75 Prozent sind für eine Erwerbstätigen- bzw. Bürgerversicherung sowohl in der Renten-, der Kranken- und der Pflegeversicherung. In der Erwerbstätigenversicherung wären auch Beamte, Selbständige und Politiker versichert. In der Bürgerversicherung würden zusätzlich Einkünfte aus Kapitalerträgen beitragspflichtig.

Zusätzlich äußerten Mehrheiten der Befragten sich für die Aufhebung bzw. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in den drei Versicherungszweigen. Damit soll ein solidarischer sozialer Ausgleich ermöglicht werden (starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern).

Gewerkschaftsmedien berichteten zwar, das aber nur selektiv. Außer in den Gewerkschafts- und Sozialverbänden-Publikationen hatte kein Presseorgan über die Ergebnisse der Sozialstaats-Radare berichtet. Dabei verkürzten die Gewerkschafts- und Sozialverbands-Artikel die Umfrageergebnisse. Die geforderten 75 Prozent Nettoersatzquote und die Mindestrente in Höhe von 1.327 Euro werden nicht erwähnt.

Der Grund dürfte darin liegen, dass das von den Verbänden geforderte Rentenniveau von 50 bis 53 Prozent (vor Steuerabzug) meilenweit von den Mehrheitsforderungen entfernt liegen. Die Forderung nach Mindestrenten wird erst gar nicht erhoben, man begnügt sich mit einer leichten Erhöhung der Grundrente, die dann immer noch einiges unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen würde.

Im Jahr 2016 stellte der DGB-Bundesvorstand seine rentenpolitischen Forderungen unter das Ziel:

„Politische Anschlussfähigkeit insbesondere bei den großen Parteien herstellen.“

Das ist eine Ausrichtung, die offensichtlich bis heute das Handeln der Gewerkschaftsvorstände dominiert. Wenn die Interessenvertretung der Mitglieder dem Willen der Parteizentralen untergeordnet wird, hat das fatale Auswirkungen. Mitglieder fühlen sich nicht mehr vertreten und treten aus, andere treten gar nicht erst ein.

Das Desaster dieser Art Vertretungspolitik zeigt sich auch im Folgenden: Nach der Bundestagswahl im Februar 2025 gibt es im Parlament nur noch eine Partei, die

„Renten wie in Österreich“ im Wahlprogramm hatte: das ist die AfD. Das BSW, mit dieser Forderung im Programm, hat die 5%-Hürde bis jetzt nicht geschafft. Die LINKE hat die vorher von ihr vertretene Forderung „vergessen“ (pfllegt stattdessen die völlig unzureichende Forderung nach 53 Prozent Rentenniveau).

Die „Renten wie in Österreich“ entsprechen weitgehend den Forderungen der großen Mehrheit aus den Sozialstaats-Radaren 2025 und 2026. Es muss eine Selbstverständlichkeit werden, dass die Gewerkschaften, zuvorderst ihr Dachverband, den Willen von großen Mehrheiten ihrer Mitglieder als Forderungen vertreten. Das gilt natürlich vor allem dann, wenn von ihnen beauftragte Umfragen so eindeutige Ergebnisse bringen.

„Mehr Demokratie wagen!“ fängt damit an, sie zu verlangen.

In der **Schweiz** werden viele politischen Fragen durch Volksentscheide beschlossen. So auch Anfang März 2024 die beiden Fragen: Soll eine 13. Monatsrente eingeführt und soll das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht werden. Die Abstimmungsbeteiligung war mit 59% außergewöhnlich hoch. Die Ergebnisse waren nach gründlicher öffentlicher Erörterung so eindeutig wie verbindlich:

Für die Einführung der 13. Rente stimmten 58%.

Gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, stimmten 75%.

Offensichtlich ticken die Schweizer in Sachen Altersversorgung ähnlich wie die Deutschen. In der Schweiz kann sich der Willen der Bevölkerungsmehrheit in so wichtigen Fragen aber direkt durchsetzen.

Dagegen kann in Deutschland die Meinung der Mehrheit in dieser fundamentalen Frage nur mit einem Kreuz auf dem Wahlzettel ausgedrückt werden. Alle vier Jahre wieder. Das Kreuz steht für alle möglichen Fragen und ist sehr unkonkret. Die gewählten Vertreter folgen in aller Regel der Parteiräson – den Willen der Bevölkerung konkret abfragen? Gott bewahre!

Dabei würde ja nur unbezahlbares Wunschdenken herauskommen. Lieber lobbyierende und hochbezahlte Experten befragen. Die wissen, was gut für das Volk ist. Und damit keine falschen Gedanken entstehen, werden im medialen Mainstream die Interessen der großen Mehrheiten weggetakt.

Soll das endlich durchbrochen werden, müssen so fundamentale Fragen wie die alle angehende Altersversorgung durch breite Meinungs- und Willensbildung entschieden werden. Die Schweiz macht es vor.

„Mehr Demokratie wagen!“ ist kein Wunschkonzert – sie muss erkämpft werden!